

## Deutschland.

## Dr. Hugenberg zur Übergangswirtschaft.

(\*) Essen, 22. Juni. In der Hauptversammlung des Zechenverbandes und der Generalversammlung des Bergbaulichen Vereins, die heute hier stattfanden, ging nach Erledigung der Tagesordnung der Erste Vorsitzende, Geheimrat Dr. Hugenberg, u. a. noch kurz auf die Fragen der Übergangswirtschaft ein und brachte die Auffassung der Versammlung über diesen Gegenstand etwa wie folgt zum Ausdruck:

Von der Wasserlante ist in diesen Tagen ein Warnungsruf durch das Land gegangen, der an das Wort Übergangswirtschaft anknüpft. Sein Inhalt ist kurz die Ablehnung der Theorie, daß unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege auf einer andern Grundlage ruhen könne und müsse als auf der bisherigen der Wirtschaftsfreiheit und des Individualismus. Handel, Schifffahrt, Reederei, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft — alle sind hierin einig. Auch bei uns findet der Hamburger Ruf Widerhall. Wir haben seit Beginn des Krieges an den verfehlten Bestimmungen der Ermächtigungsgesetze vom August 1914 und der daran anknüpfenden Höchstpreispolitik Kritik geübt, von der aus hernach alles in das verkehrte Geleise geschoben ist. Wir haben in den Höchstpreisen von vornherein eine Gefahr für die freie Wirtschaft erblickt. Nun sind wir glücklich so weit, daß auf unsre politische Bühne über die Notleitern Höchstpreise, Beschlagnahme, Kriegsgesellschaften usw. eine angeblickt neue Lehre geslettert ist, die ihre Ausrichtung zum Teil einem verblühten Lager mehrfach abgekochter sozialistischer Gedanken, zum Teil der freien praktischen Entwicklung entnommen hat, die wir hier im Revier besonders gut kennen, und die man früher als großkapitalistische Konzentrationsbewegung grimmig bekämpfte. Diese Entwicklung, die, als Glied des Ganzen, in Freiheit langsam sich vollziehend und, wo sie entartet, sich auch selbst wieder auflösend, unsrer Volkswirtschaft große Vorteile gebracht hat, soll nun mit einem Male allgemein gültiges Organisationsprinzip geworden sein, geeignet für eine Handhabung durch den Staat. Und der Übergang dazu — soll die Übergangswirtschaft sein. Unse leitenden staatlichen Stellen haben wiederholt erklärt, daß sie so bald wie möglich zur freien Wirtschaft zurücksteuern wollen. Es wäre unangebracht, den Ernst dieses Willens zu bezweifeln. Die Entscheidung wird aber schließlich beim Reichstag liegen, an den sich deshalb die Hamburger auch mit Recht gewandt haben. Schon liest man, das Reichswirtschaftsamt bereite einen Entwurf für ein neues Ermächtigungsgesetz über die Übergangswirtschaft vor. Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, so mögen Hamburg und was sonst für Mittelpunkte wirtschaftlichen Lebens vorhanden sein mögen, — Handel, Schifffahrt, Reederei, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft —, nur alle ruhig mit ihrem Widerstand gegen die „Übergangswirtschaft“ aufhören. Aus der Wechselwirkung des im Kriege gelernten Schiebens und Sich-Schieben-Lassens wird dann genau die Übergangswirtschaft hervorgehen, die jetzt niemand will. Von „Ermächtigungsgesetzen“ sollten alle wirtschaftenden Menschen nach den Erfahrungen dieses Krieges genug haben —, aber eigentlich auch die Beamtenchaft, die doch bisher immer noch eine Macht in Deutschland ist und es hoffentlich bleiben wird und will! Denn sie ist es schließlich, auf die alle Klischee für die Auswirkungen solcher Ermächtigungsgesetze herniederfallen, obwohl sie dabei im Grunde nur unter dem Zwange der „Schiebenden“ handelt. Sie ist es auch, die sich selbst unmöglich macht, indem sie dem Scheine nach wirtschaftliche Macht in ihre Hände nimmt, die ihr dann doch wie Sand unter den Fingern zerrinnen muß.